

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postzug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Kurland M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8

Die neuerschienene Monatszeitschrift über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Infanteriensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Infanteriensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Zwang zur Verständigung

Wirtschaftliche Vernunft

In dieser Stunde, bei der es sich darum handelt, einen für das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands so außerordentlich wichtigen Beschluß zu fassen, darf man nicht seine Gefühle sprechen lassen, sondern man muß die Tatsachen nüchtern zu beurteilen suchen. Da ist zunächst die eine Frage zu beantworten: stimmt die Entscheidung des Obersten Rats der Alliierten mit dem Friedensvertrag überein oder hat Deutschland ein Recht, dessen Verletzung vor aller Welt festzustellen?

In den von der Entente zuerst vorgelegten Friedensbedingungen sollte der ganze Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen fallen, also auch einige reichsdeutsche oder vorwiegend deutsche Kreise, wie Ratibor, Leobschütz, Obersagau, Oppeln und Kreuzburg. Die Alliierten gingen damals offenbar von der Auffassung aus, daß Oberschlesien eine überwiegend polnische Wehrheit habe, daß der ganze Regierungsbezirk ein geschlossenes Gebiet darstelle, und deshalb nach den Wilsonschen Grundsätzen den Polen zuzuweisen sei. Es hat sich dann ergeben, daß diese Auffassung irrig ist und deshalb wurden in dem endgültigen Friedensvertrag Bestimmungen aufgenommen, die das Schicksal Oberschlesiens von einer Volksabstimmung abhängig machen sollte. Es dürfte kein Zweifel darüber herrschen, daß die französische Regierung offenbar glaubte, die Abstimmung würde ein für Polen günstiges Ergebnis haben, und dann würde die Entente das moralische Recht auf ihrer Seite haben, wenn sie das Gebiet den Polen zuweise. Die Abstimmung wurde nicht auf den ganzen Regierungsbezirk ausgedehnt, sondern sie beschränkte sich auf den östlichen Teil. Es ist kein Geheimnis, daß die Polen es lieber gesehen hätten, wenn man die Kreise Oppeln, Leobschütz und Kreuzburg herausgelassen hätte, denn dann hätte ein günstiges Ergebnis für sie von vornherein festgestanden. Die Abstimmung vom 20. März hat im ganzen Bezirk 60 Prozent für Deutschland und 40 Prozent für Polen ergeben. Was hatte nun zu geschehen?

Der Friedensvertrag von Versailles enthält darüber folgende Bestimmung:

„Nach Schluß der Abstimmung wird die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen durch die Kommission der alliierten und assoziierten Hauptmächten mitgeteilt, zugleich mit einem genauen Bericht über den Hergang der Stimmabgabe und einem Vorschlag über die als Grenze Deutschlands in Oberschlesien anzunehmende Linie, bei dem sowohl der von den Einwohnern ausgedrückte Wunsch, wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften Berücksichtigung findet.“

Es wurde weiter bestimmt, daß nach der Festsetzung der Grenzlinie die deutschen und die polnischen Behörden benachrichtigt werden sollen, daß sie die ihnen zuerkannten Gebiete in Besitz nehmen sollen.

Es kann also keine Rede davon sein, daß eine Teilung Oberschlesiens mit dem Friedensvertrag unvereinbar sei. Gewiß, wenn die Alliierten sich von wirtschaftlichen Grundsätzen hätten leiten lassen, so würden sie niemals eine Zerstückung des Gebiets beschlossen haben, die für Deutschland sehr ungünstige Folgen haben kann, den Polen keinen der Größe des deutschen Verlustes entsprechenden Vorteil bringt, schließlich aber die gesamte europäische Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen muß. Aber wir wissen, daß die Politik der kapitalistischen Länder nicht von wirtschaftlichen, sondern von machtpolitischen Erwägungen ausgeht und daß vor allem bei der Abfassung des Friedensvertrages die Vernunft nur die Rolle des Affenbrotbells spielen durfte.

Aber auch auf deutscher Seite hat man von Anfang an die Vernunft ausgeschaltet und den nationalistischen Einbläsern den weitesten Spielraum gewährt. Die bürgerlichen Parteien und auch die Rechtssozialisten erklärten nach der Abstimmung unter Mißachtung der Bestimmungen des Friedensvertrages, daß ganz Oberschlesien bei Deutschland bleiben müsse, und daß jede Teilung eine Vergewaltigung Deutschlands bedeuten würde. Dadurch wurde jene Stimmung erzeugt, die die Regierung zum Anlaß nahm, um den Polen die kalte Schulter zu zeigen und jeden Versuch, eine friedliche Lösung des Problems zu unternehmen, zu unterlassen.

Wenn man jetzt die ausländische Presse liest, so wird man auf die übereinstimmende Feststellung stoßen, daß das deutsche Volk sich wiederum, wie während des Krieges, von gewissenlosen Stimmungspolitikern hat einspielen lassen. Gewiß sind dort viele und gewichtige Stimmen laut geworden, die die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit Oberschlesiens forderten, und daraus ist in der bürgerlichen Presse Deutschlands der Schluß gezogen worden, daß das eine Unterstützung der von der deutschen Regierung ausgegebenen Parole darstelle: ganz Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland. Dem ist aber durchaus nicht so. Wir erinnern nur an das Gutachten

der vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien entsandten Kommission, in dem als die glücklichste Lösung die Frage der Herstellung einer Autonomie für Oberschlesien bezeichnet wurde. Und dieser Auffassung haben sich auch andere, Deutschland sonst nicht ungünstig gesinnte Politiker im Ausland angeschlossen.

Die jetzt veröffentlichte Grenzlinie weicht in einigen Punkten von den bisherigen Mitteilungen über das Gutachten des Völkerbundsrats ab. So fällt Beuthen nicht an Polen, dafür aber ist die Grenze im Nordosten und im Süden ungünstiger für Deutschland als man es bisher erwartet hatte. Die polnischen Wünsche werden zwar nicht im vollen Umfang erfüllt, denn die Korzanth-Linie, die sie als ihre Forderung aufgestellt hatte, hätte auch Oppeln, Ratibor, Rosel und andere wichtige Gebiete Oberschlesiens zu Polen geschlagen. Aber immerhin werden sie auch mit dem zufrieden sein, was ihnen jetzt zufällt, denn es ist darin ein wichtiges Stück des obererschlesischen Wirtschaftsgebiets enthalten, vor allem die aussichtsreichen Grubenfelder von Pleß und Rabin, der größte Teil des übrigen Bergbaus, wichtige Industrielle und verkehrstechnische Anlagen. Es ist begreiflich, daß auch die nationalistische Presse Frankreichs sich befriedigt zeigt und man kann von ihr nichts anderes erwarten, als daß sie Deutschland gegenüber noch einmal die Drohungen der Alliierten unterstreicht, wenn die deutsche Regierung sich nicht dem Willen der Entente beuge.

Gibt es in Deutschland einen verantwortlichen Politiker, der in dieser Situation den Rat geben wollte, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und einen Trostkopf aufzusetzen? Daß die deutschen Nationalisten jetzt wieder ein großes Geschrei anheben werden, ist verständlich. Man würde aber nur deren Karten spielen, wenn man ihr Geschrei ernst nehmen wollte. Diese Leute, die nach dem Zusammenbruch im Herbst 1918 die Hinte ins Korn warfen, deren Helden Wilhelm und Ludendorff, damals nichts eifrigeres zu tun wußten als sich feige zu vertriehen, wollen sich jetzt als die Retter des Vaterlandes aufspielen!

Erkennt man aber an, daß man sich dem Zwange beugen muß, so bleibt nichts anderes übrig, als sofort in lokaler Weise die Verständigung mit Polen über Oberschlesien zu beginnen und zu versuchen, die Entscheidung so günstig wie möglich zu gestalten. Und dabei darf nicht wieder von nationalistischen Gesichtspunkten ausgegangen werden, sondern die wirtschaftliche Vernunft muß die Trägerin der Verhandlungen sein. Das ist das, was jetzt zu geschehen hat, und wer dem deutschen Volke einen anderen Rat geben will, der ist entweder ein Verbrecher oder ein Narr.

Befriedigung in Frankreich

E. E. Paris, 21. Oktober.

Die französische Presse befaßt sich nur in geringem Maße mit der Entscheidung in der obererschlesischen Frage. Die meisten Blätter drucken den Brief Briand und den Text der Note wörtlich ab, enthalten sich aber jeglichen Kommentars. Nur „Journal“, „Matin“ und „Petit Journal“ heben mit Befriedigung hervor, daß man namentlich in der Ueberweisung von Tarnowitz und Lublitz an die Polen eine angenehme Ueberraschung erleben müsse. Im ganzen wurden also Polen von den 2 Millionen Einwohnern des Industriegebietes 979 000 oder 48 Prozent zugewiesen, das sei das Ergebnis der Volksabstimmung, wenn man die Stimmen der Zugewanderten abziehe. Ferner erhalte Polen 82 Prozent der obererschlesischen Kohle, 51 Prozent Koks, 70 Prozent Stahl, 100 Prozent Zink und Blei. Daß Polen die Fabriken von Cherson zuerkannt worden sind, die die größten Produzenten von synthetischen Nitraten sind, sei ein Glück für den Ackerbau Polens, für Deutschland bedeute es den Verlust seiner industriellen Kriegesreserven. Ob jedoch alle wirtschaftlichen Bestimmungen in Kraft bleiben werden, zieht das Journal einigermaßen in Zweifel, da sich innerhalb 15 Jahre vieles ändern könne.

Aus London meldet der „Petit Parisien“: Das rasche Zustandekommen eines Einverständnisses, das auf der Vorkonferenz über die Bekanntgabe der Genfer Entscheidung hinsichtlich Oberschlesiens erzielt wurde, sei in London mit großer Genugtuung begrüßt worden. Die Tatsache, daß die juristischen Sachverständigen und die alliierten Vertreter nur zwei Sitzungen notwendig hatten, um sich zu verständigen, wird als ein Versprechen angesehen, daß die Regierungen in verhältnismäßig eng zusammenarbeiten werden, um in kürzester Zeit die völlige Durchführung des ausgearbeiteten Spruches zu sichern. In offiziellen Kreisen drückt man die Hoffnung aus, daß gegenüber dieser Einstimmigkeit, die sich in Paris kundtat, die deutsche und die polnische Regierung, selbst wenn die Entscheidung für entscheidend, sich Rechenhaft darüber ablegen werden, daß es für sie alle Vorteile bedeute, gutwillig die wirtschaftlichen Abmachungen zu treffen, um ihre eigenen Interessen sicherzustellen.

Die Drohung mit Zwangsmahregeln

Paris, 1. Oktober.

„Petit Parisien“ schreibt zu der obererschlesischen Frage, nach allem, was voraussehen sei, werde sich Polen der Entscheidung der Mächte beugen. Es könne keinen besseren Beweis seines politischen Sinnes geben. Es scheint jedoch, daß man deutscherseits Unbesonnenheiten zu erwarten habe. Das wäre eine Politik der Torheit. Nicht in der Entscheidung der Alliierten rechtfertige sich diese Verzweiflung, denn die Maßnahme sei getroffen, damit Polen nicht unter den wirtschaftlichen Folgen der Teilung zu leiden habe. Gewalt oder auch nur der schlechte Wille Deutschlands würde Zwangsmahregeln der Alliierten unvermeidlich machen.

Frankreichs Schuldenlast

E. E. Paris, 20. Oktober.

Der „Matin“ veröffentlicht eine Aufstellung der französischen Schuldenlasten. Die innere Schuld beträgt 229 055 Millionen, und zwar: dauernde Schuld 1 041 Millionen, befristete Schuld 38 571 Millionen, schwappende Schuld 90 443 Millionen, auswärtige Schuld 35 288 Millionen. Letztere besteht aus: 6 490 Millionen für Handelszwecke, 13 511 Millionen Schulden gegenüber England, 15 287 gegenüber den Vereinigten Staaten. Werden daran die Forderungen Frankreichs gegenüber auswärtigen Staaten in Höhe von 14 Milliarden Mark in Abzug gebracht, so ergibt sich eine französische Schuld von rund 250 Milliarden.

Die Reparationskommission und das Wiesbadener Abkommen

Paris, 20. September.

Die Reparationskommission hat die Prüfung des Wiesbadener Abkommens vollendet und in ihrer gestrigen Sitzung die zu erteilende Antwort festgestellt. Die Kommission erklärt sich vollkommen einverstanden mit den allgemeinen Grundsätzen des Abkommens, nach denen Vereinbarungen vorgeschlagen werden, in denen bestimmt wird, daß Deutschland den größtmöglichen Teil seiner Reparationsverpflichtungen in der Form von Sachlieferungen zahlen darf zum Zweck des rascheren Wiederaufbaues. Die Reparationskommission glaubt jedoch, daß das Abkommen gewisse Abweichungen von den Bestimmungen des Teiles 8 des Friedensvertrages von Versailles namentlich aber von Artikel 231 und den §§ 12 und 19 des Anhangs 2 und § 5 des Anhangs 4 enthalte. Da die Reparationskommission nicht zuständig sei, derartige Abänderungen vorzunehmen, hat sie beschlossen, die Frage an die Regierungen weiterzugeben, die in der Reparationskommission vertreten sind, und hat ihnen zu diesem Zweck eine Abschrift des Wiesbadener Abkommens zugestellt mit dem Ersuchen einer günstigen Prüfung. Die Reparationskommission empfiehlt unter Vorbehalt etwaiger Garantien, die die Alliierten eventuell verlangen könnten, um ihre Interessen sicherzustellen, daß Frankreich vernünftige Erleichterungen gewährt werden, damit die Zahlungen der Sachlieferungen hinausgeschoben werden können. Die Reparationskommission erklärt sich auch zuständig, über eine 26prozentige Abgabe von den Sachlieferungen zu entscheiden; sie wird darüber später ihre Entscheidung treffen.

Minister Loucheur ist heute vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten erschienen, um Auskunft über das Wiesbadener Abkommen zu geben.

Revolution in Portugal

E. E. Lissabon, 21. Oktober.

Ueber die Revolution verlautet: Gestern morgen wurden vom Meere her einige Kanonenschüsse gehört. Das Militär ging aus dem Kampfe, der stattfand, siegreich hervor, Ministerpräsident Granjo Antonio wurde ermordet, ebenso der Admiral Machado Santos und die Herren Carlos Mala und Silva. Die neue Regierung verurteilt diese Morde und erklärt, daß sie die Urheber vor Gericht stellen werde. In Lissabon herrscht große Erregung, in den Straßen patrouilliert Militär.

Das neue Kabinett, das außerhalb der politischen Parteien zustande kam, annullierte die Kammerwahlen vom 10. September und alle gesetzgeberischen Akte des letzten Ministeriums.

Die Kabinettsitzung

Das Kabinett trat um 9 Uhr zu einer Beratung über die obererschlesische Note zusammen. Die Sitzung hatte rein informativen Charakter. Abends wird eine neue Sitzung stattfinden.

Englisch-amerikanische Finanzhilfe für Deutschland?

EE. Paris, 21. Oktober.

Dem Berliner Korrespondenten des „New York Herald“ zufolge hätten in den letzten Tagen zwischen dem Chef des Londoner Bankhauses Anton Rothschild und Mitgliedern der deutschen Regierung Verhandlungen wegen einer englisch-amerikanischen Reparationsanleihe stattgefunden. Baron Rothschild verließ gestern Berlin und wird nach London zurückkehren mit der Absicht, diese Anleihe mit der englischen Regierung zu erörtern. Wenn sein Standpunkt in der Downingstreet Zustimmung finden sollte, würde er sofort nach Amerika reisen, um mit amerikanischen Bankiers zu verhandeln.

Die ersten Besprechungen in Berlin wurden im Berliner Bankhause Mendelssohn u. Co. abgehalten. Kanzler Wirth, Dr. Rosen, Dr. Rathenau, Präsident Havenstein von der Reichsbank, Herr v. Schwabach und andere waren anwesend. Am nächsten Tage wurden die Besprechungen im Berliner auswärtigen Amt fortgesetzt. Außer den genannten Personen waren noch der Präsident des Reichsverbandes der Industriellen, Dr. Sorge, sowie Herr Krämer vom Reichswirtschaftsrat anwesend. Es ist noch nicht bekannt, auf welche Summe sich die Anleihe belaufen würde, doch erzählt der Korrespondent des „New York Herald“, daß man in der Person Baron v. Rothschilds die Sicherheit habe, daß der englische Anteil an dieser Anleihe für Deutschland befriedigend sein werde. Man erörterte hauptsächlich die Amortisation der Anleihe, und es wurde erklärt, daß die Anleihe eine Laufzeit von 25-30 Jahren haben solle. Die Amortisationsquote würde ungefähr 3 Prozent betragen. Deutschland wünscht, in den ersten zwei oder drei Jahren zu der Amortisation nicht beitragen zu sollen. Besonders wirtschaftliche Vorteile würde diese Anleihe im Innern Deutschlands nicht hervorbringen, da ihre Ergebnisse automatisch der Reparationskommission an den Fälligkeitsterminen für Reparationszahlungen übermittelt werden sollten. Derselbe Korrespondent meldet, daß Hugo Stinnes gestern in der Versammlung der Volkspartei Zweifel über diese Kreditpläne zum Ausdruck brachte.

Diese Mitteilungen scheinen Bezug zu nehmen auf die bekannte Kreditation der deutschen Industrie. Es ist bezeichnend, daß ein Bericht über diese Verhandlungen, die für die deutsche Öffentlichkeit streng vertraulich waren, in die ausländische Presse gelangen kann. Auch das deutet darauf hin, daß gewisse Kreise aus Geldbesitzerinteressen und deutschnationaler Parteidemagogie selbst dieser Aktion feindselig gegenüberstehen und sich alle Mittel bedienen, um sie zu verhindern.

Der Schlußsatz der Meldung aber zeigt, was es bedeuten würde, wenn an die Stelle der jetzigen Regierung die von der Industrie und der Deutschen Volkspartei geforderte Regierung treten würde. Das müßten auch die Rechtssozialisten bedenken.

Bayern und die Regierungskrise im Reich

Aus München wird uns geschrieben:

Die Gognerchaft der kürzlichen Partei der bayerischen Regierungskoalition, der Bayerischen Volkspartei, gegen das Kabinett Wirth hatte sich schon gelegentlich der bayerischen Regierungskrise mit aller Deutlichkeit ausgewirkt. Die heftigen und oft sehr unfruchtlichen Angriffe der bayerischen reaktionären Presse auf die Reichsregierung, die nicht selten „Judenregierung“ benannt und in Flugblättern auch als „Sajudenregierung“ beschimpft wurde, sind allgemein bekannt. Innerhalb der Bayerischen Volkspartei macht sich aber seit einiger Zeit eine lebhaftere Opposition gegen die offizielle Parteipolitik bemerkbar, die sich insbesondere gegen die bisherige aggressive Politik gegenüber der Reichsregierung wendet und nach außen hin sich in die Forderung nach Wiederaufnahme der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Volkspartei mit dem Reichszentrum wendet. Hinter dieser oppositionellen Richtung stehen vor allem die fränkischen Mitgliedschaften der Bayerischen Volkspartei und die christlichen Arbeiterorganisationen in Bayern.

Die maßgebenden Leute in der Partei sind zwar nicht grundsätzlich gegen die Wiederaufnahme einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum, aber sie wenden sich solange mit aller Energie gegen diese Forderung, als die Politik des Reichszentrums Wirth für das Zentrum richtunggebend ist.

Der ganze Kampf in der Bayerischen Volkspartei um die Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum ist in Wirklichkeit nichts anderes als der Kampf für und gegen den Reichskanzler Wirth und seine Politik. Der rechte Flügel in der Bayerischen Volkspartei ist der weitaus stärkere und deshalb wird auch der Landesparteitag Ende diesen Monats sich gegen die Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum und damit gegen Wirth aussprechen. Die führenden Leute in der Bayerischen Volkspartei sind in Berlin sehr eifrig tätig, um auf das Zentrum im Sinne ihrer Wünsche einzuwirken. Die oberste Frage und die gegenwärtige Regierungskrise soll benützt werden, das Kabinett Wirth zu stürzen. Dem Zentrum wird die Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei — mit dem Ziel einer Fraktionsgemeinschaft — in Aussicht gestellt für den Fall der Abkehr von der Politik Wirth. Im anderen Falle droht die Bayerische Volkspartei mit ihrem gänzlichen Abweichen in die Front der Rechten. Vor allem aber dringen führende Kreise der Bayerischen Volkspartei darauf, daß die Erfüllungspolitik der Reichsregierung aufgegeben werden müsse.

Am deutlichsten kam diese Einstellung in einer Protestversammlung in München zum Ausdruck — die von allen bürgerlichen Parteien veranstaltet war. Dort gab man die Parole aus, daß jetzt endlich Schluss gemacht werden müsse mit der Politik der Erfüllung. Dort wurde das Wort geprägt: „Sah sei unser Amt, unsere Tugend Kachel.“ Die Bayerische Volkspartei — ein Gemisch aus Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen — unterscheiden sich nicht von ihren norddeutschen Brüdern und tun das ihre, um im Sinne der Berliner Kabinettsfraktion zu wirken. Die Bayerischen Demokraten, die stets „Licht und Schatten gleichmäßig verteilen“, sind lediglich ein Anhängsel in der bayerischen Koalition, sie müssen überall dabei sein und haben nirgends etwas zu sagen.

Eine sehr gefährliche und in ihrem Ernst nicht zu unterschätzende Seite hat der Sturm gegen das Kabinett Wirth noch, wenn man ihn im Zusammenhang mit den Separationsbestrebungen und mit der Tätigkeit gewisser französischer Agenten in Bayern betrachtet. Die französische Strömung, geführt von Paléologue, die auf eine Zerstückung Deutschlands ausgeht, würde durch einen Kurswechsel in der bisherigen Reichspolitik eine Stärkung erfahren. Eine Abkehr von der bisherigen Politik liefert dieser französischen Gruppe neue Argumente für ihre Bestrebungen, sich für die Nichterfüllung des Vertrages von Versailles durch territoriale Sicherungen schadlos zu halten. Die Pläne auf Schaffung einer Rheinrepublik, Loslösung der Westpfalz und Südbayerns werden erneut diskutiert und finden im offiziellen Frankreich heute mehr Gehör als bislang. Nicht nur in Tirol, sondern auch in Bayern ist eine lebhaftere Tätigkeit dieser französischen Agenten bemerkbar und die separatistischen Gruppen in Bayern beteiligen sich an dem Sturm gegen das Kabinett Wirth mit dem Hintergedanken, nach einem Kurswechsel im Reich stärkere Unterstützung für ihre Separationspläne als bisher in Paris zu finden. Wenn auch die offiziellen Parteien in Bayern diesen Plänen fernstehen, so ist doch gewiß, daß kleine, aber sehr einflussreiche und vor allem vorwegene Gruppen jetzt wieder ernsthaft mit diesem phantastischen Vorhaben umgehen und dabei auf Unterstützung der Separatisten in Tirol, insbesondere der Heimwehrtruppen des Dr. Steidle rechnen. So wird die Regierungskrise im Reich von gewissenlosen Elementen in Bayern zur Verwirklichung ihrer verbrecherischen Pläne benutzt und mehr als bisher ist es geboten, daß die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit auf Bayern richtet!

Der Reichstag

Der Vorkonferenzrat des Reichstages konnte auch heute noch nicht zu einem festen Beschluß über den Termin der Plenarsitzung kommen, da dem Reichstag der amtliche Wortlaut der Entscheidung über Oberhölsten noch nicht vorliegt. Wahrscheinlich findet die Sitzung erst Sonntag oder Montag statt.

Nationalistische Lügen

Um den Franzosen ein anzuhängen und die nationalistischen Leidenschaften aufzuspornen, hatten kürzlich deutsche Zeitungen die Nachricht verbreitet, daß in Köln innerhalb drei Monaten 300 syphilitische Mädchen unter 14 Jahren, die von schwarzen Soldaten angesteckt worden waren, ins Krankenhaus eingeliefert worden sind und daß außerdem in der gleichen Zeit 2323 Geburten unehelicher Mütter unter 16 Jahren zu verzeichnen waren. Wie jetzt das Kölner Polizeipräsidium mitteilt, sind beide Nachrichten in der angeführten Form Schwindel. — In der Mitteilung heißt es:

Von der Sittenpolizei wurden überhaupt noch keine Mädchen unter 14 Jahren in das Krankenhaus eingeliefert; auch erfordert es die Gerechtigkeit, darauf hinzuweisen, daß vor einem Verlehr weiblicher Personen mit farbigen Soldaten hier bisher nichts bekannt geworden ist. Wohl trifft es zu, daß in der hiesigen Univeritätsklinik für Hautkrankheiten einige Kinder mit angeborener bzw. mit erworbener, meistens durch zufällige Übertragung entstandener Syphilis in Behandlung stehen; von einer massenhaften Ansteckung jugendlicher durch Notzuchtverbrechen kann jedoch keine Rede sein.

Was ferner die vorgebrachte Zahl von 2323 Geburten unehelicher Mütter unter 16 Jahren innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten anbelangt, so sind auch diese Angaben als völlig unzutreffend zu bezeichnen. Gemäß einer Nachweisung des hiesigen statistischen Amtes übersteigt die Zahl der Geburten unehelicher Mütter im ganzen Kalenderjahr 1920 die vorgebrachte Zahl nur um ein Geringes, und nur ein ganz geringer Bruchteil dieser unehelichen Mütter dürfte im Alter unter 16 Jahren gestanden haben.

Trotz dieser Feststellungen werden die Blätter für deutsche Ehre und deutsche Wahrheit fortfahren, den gleichen Schwindel weiter zu kolportieren und vielleicht werden wir in kurzem die 300 Syphilitischen, durch schwarze Soldaten angesteckten deutschen Mädchen im Film sehen.

Die Not der unteren Beamten

Der geschäftsführende Ausschuss der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände (Besoldungsgruppe 1-6) hat in seiner letzten Sitzung einstimmig folgende Forderung beschlossen:

„Die täglich gewaltig wachsende Teuerung (Mehl, Kartoffeln, Margarine, Zucker usw.) macht es den Beamten und Dienern der Besoldungsgruppen 1-6 selbst bei denkbar größter Einschränkung völlig unmöglich, mit den jetzigen Bezügen haushalten zu können. Da sie bei der letzten Aufbesserung nur durchaus ungenügend berücksichtigt worden sind, Wintervorräte und Neuanfassungen an Kleidern und Bedarfsgütern aber unbedingt erforderlich sind, so kann diesen Gruppen nur durch sofortige Bewilligung einer größeren Summe geholfen werden.“

Da die Soziale Arbeitsgemeinschaft dem Deutschen Beamtenbunde als Spitzenorgan angeschlossen ist, so hat sie diesen um die Vertretung ihrer Forderung bei den maßgebenden Stellen ersucht.

Die Wiener Journalisten Dr. Paul Kerl, der Vorstand der Organisation der Wiener Presse hat in einem Telegramm an den ungarischen Ministerpräsidenten das dringende Ersuchen gerichtet, das im Tisza-Prozess gegen den Journalisten Paul Kerl gefällte Todesurteil, über dessen Motive die Organisation als Vertreterin der Journalisten aller Richtungen sein Urteil abgeben wolle, nicht vollstrecken zu lassen.

Kommunistische Demonstrationen gegen Amerika. Die Kommunisten in Breslau (Frankfurt) haben eine Protestkundgebung veranstaltet gegen die in Amerika erfolgte Verurteilung der italienischen Revolutionäre Cases und Tazzetti zum Tode. Mehrere tausend Personen begaben sich zum amerikanischen Konsulat, wo die Fenster eingeworfen wurden. Die Polizei verbot die Demonstration. — Die belgischen Kommunisten haben in Brüssel eine große Protestkundgebung gegen die Verurteilung der beiden italienischen Kommunisten in Amerika abgehalten. Sie demonstrierten vor der amerikanischen Botschaft, wurden aber von der Polizei gestreut.

Verächtigung. Zu der Reize „Ein Ehrenmann“ in Nr. 451 der „Freiheit“ wird uns mitgeteilt, daß der dort erwähnte Gustav Hammer, der wegen Betrügerei von Geldern der Rußlandhilfe aus der R. P. D. ausgeschlossen wurde, nicht in der Geschäftshalle der Freien Arbeiter-Union in Gelsenkirchen tätig war.

Arbeiter-Büchertisch

(Erscheint jeden zweiten Freitag)

Einführungen in die Kunst

Bücher, die den Leser zum Kunstgenuss anleiten wollen, erscheinen mit Regelmäßigkeit in gewissen kurzen Abständen, vielleicht ein Bemerkenswerter, daß die Aufgabe zur vollen Zufriedenheit noch nicht gelöst worden ist. Auch jetzt liegen einige neue Werke vor.

Georg von Allesch nennt sein im Sybille-Verlag zu Dresden erschienen, gut illustriertes und mit erstklassiger Sorgfalt gedrucktes Buch „Wege zur Kunstbetrachtung“. Es ist, wie alles, was Allesch gibt, eine sehr ernsthafte und durchdachte Arbeit, die wir zum Studium empfehlen können, auch wenn wir manchen Weg, den Allesch geht, für einen Umweg halten. Allesch behandelt zum Teil Probleme, die mehr nur in seinem Buche, als in der Kunst wichtig sind. Wer Alleschs Bildanalysen — ausgezeichnet, z. B. jene des Breughelschen Bauerntanzes — mit Aufmerksamkeit folgt, wird guten Gewinn haben.

Einen „Führer zum Wesen der Kunst“ nennt Max Raphael im Unterirdischen ein neues Buch „Idee und Gestalt“, das der Delphin-Verlag in München in einwandfreier Form herausgibt. Auch diese Publikation ist sehr zu empfehlen. Sie zeichnet sich durch eine klare, deutliche Sprache aus, was man von Raphaels erstem Buch „Von Monet zu Picasso“ (im gleichen Verlag) nicht behaupten konnte. Gelegentlich nehmen wohl auch bei Raphael Psychologie und Begriffslichkeit einen unnötig breiten Raum ein, und auch er bedarf wie Allesch stets des Vergleiches. Für bedenklich halte ich die Analogie der beiden Hoyer-Bilder. Man kann doch, glaube ich, an beiden nur demonstrieren, daß Kunst etwas anderes ist. Dagegen ist die vergleichende Betrachtung Lehmanns mit einem gotischen Engel aus Bronze in Orvieto ausgezeichnet und wirklich geeignet, den Leser in das Eigentliche der plastischen Gestaltung einzuführen.

Ganz vom Anschaulichen, Sinnlichen geht Ludwig Justi aus in seinem Führer durch die National-Galerie, der als „Deutsche Malkunst im 19. Jahrhundert“ im Verlage Julius Bard-Berlin erschienen ist. (Im gleichen Verlag auch Justis gut illustrierte „Deutsche Zeichnung“) Bildanalysen, die das Auge so intensiv zur Mitarbeit führen, wie die Justis, haben wir bisher kaum gehabt — und der Erfolg des bereits in mehreren Auflagen vorliegenden Buches ist wohl verdient.

Einführung in die Gegenwart und ihre Kunst“ ist Friedrich Wärters illustriertes Buch „Lebensgefühl und Weltgefühl“ zubenannt, das der „Delphin“ in München herausbringt. Die Darstellung ist reich an dichterischen Bildern und reich an klaren Definitionen — Bilder wie Definitionen sind aber keineswegs immer überzeugend. Von der gesteigerten Sprache Wärters hebt sich die exakte, philosophische Terminologie Wal-

ter Medauers („Wesenhafte Kunst“, Delphin-München) sehr wohl ab. Die kleine Schrift geht von einer sehr gründlichen Untersuchung über Ursprung und Bedeutung der „ästhetischen Idee“ bei Kant aus und kommt in Anwendung der phänomenologischen Methode zu der Definition: „Kunst ist nicht Form, und Kunst ist auch nicht Inhalt; sondern das Verhältnis beider ist Kunst.“

Daß in der Kunst ganz allgemein nicht die Dinge, sondern die Verhältnisse, die Beziehungen zwischen den Dingen den Ausschlag geben, unterstreicht mit erstklassiger Entschiedenheit Rudolf Blümmers in seinem „Geist des Kubismus und der Kunst“ (Sturm-Verlag, Berlin). Im Gegensatz zu der üblichen Kunstkritik zeichnet sich Blümmers Buch durch phantastische Knappheit und durch die sichere Einstellung auf das Wesentliche aus. Blümmers Buch ist ohne Frage das beste, was über den Kubismus bisher allgemeinverständlich geschrieben wurde. Blümmers wirft die Frage, aus welchen Antrieben die Maler unserer Zeit zu den Formen der neuen Kunst gelangen müssen, abschließend nicht an. Er untersucht den Sinn dieser Formen ausschließlich in bezug auf das Bild, nicht auch in bezug auf die Zeit. Deshalb kann die Schrift von Richard Blund: „Der Impuls des Expressionismus“, die im Verlage Adolf Harns in Hamburg erschien, eine wertvolle Ergänzung sein, da sie eben die menschlichen Antriebe in einer sehr eindringlichen Darstellung erkennen läßt. Ich glaube, daß die Blund'sche Schrift vielen zu einem ernstlichen Verständnis der neuen Kunst helfen kann. Adolf Behne.

Karl Wicker: Der Vindenhof. Werden und Wollen. Lichtkampf-Verlag Hans Altermann, Heilbronn a. N. 1921. 171 S. 16.00 M.

Die Tragik eines Verurteilten; von seinem Plag vertrieben und unzulässig umherirren zu müssen. Es muß eine wahre Lust gewesen sein, mit Wicker, dem früheren Leiter der Fürstlichen Anstalt „Vindenhof“, zu arbeiten, wie es eine wahre Lust ist, Wickers Arbeit zu lesen. Es war ihm ein Bedürfnis, seinen Gefühlen Luft zu machen, das Erlebte niederzuschreiben und so die nötige Ruhe zum Weiterarbeiten zu finden. Jedes Wort Liebe und jedes Wort Wahrheit. Nur der, der diese Arbeit kennt, der mit an solchen Tagen gearbeitet hat, wird Wickers Wirken verstehen und billigen. Was Wicker in den vier Jahren seiner Tätigkeit erreicht hat, wie er Schritt für Schritt als Lernender, von seinen Jungen selbst Lernender, den Höhepunkt geistlicher Möglichkeiten zu erreichen auf bestem Wege war, davon legt das Buch Zeugnis ab.

Wer behaupten wollte, daß eine amerikanische Erziehungsmethode, wie Selbstverwaltung, Jungenerziehung und dergleichen mehr, auf deutschen Boden nicht überpflanzt werden können, den traut Wicker Lügen. Bedürfte es noch der Beweise, so genügt die Briefe seiner ehemaligen Zöglinge, nach seinem Fortgange an ihn geschrieben, um das Urteil des Berliner Magistrats über Wicker und seine Freunde umzuklopfen und ihn so schnell als möglich für ein neues Wirkungsfeld zu empfehlen.

Die Fürsorgeerziehung in Deutschland liegt so im argen, es wird im alten Schienelien so forciert, daß ein Erziehungsgeld, das im besten Sinne nützlich und nachahmungswürdig werden konnte, von allen verständigen Vorgesetzten des In- und Auslandes bewundert, wirklich nicht zugrunde gerichtet zu werden verdient. Der Vindenhof Hand und Fuß mit Wicker. Wickers Buch ist zum Siege der Jugend über die Alten geworden. Möge es nur viele Leser finden, Wickers Geist und Tun viele Jünger! L. R.

Hermann Wendel: Von Marburg bis Monastir. Eine süd-lavische Reise. Druck und Verlag der Frankfurter Sozialisten-Druckerei, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Der frühere Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“ und ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel ist einer der besten Kenner des Balkans, wenigstens von Serbien und Albanien. Nur aus dieser Kenntnis konnte dies frische und doch an Beobachtungen und guten Bemerkungen reiche Buchlein entstehen. Die Reise von Marburg, das noch überwiegend deutschen Charakter trägt bis Monastir, hart an der albanischen Grenze, wo die wilden Albanen hausen, die jeder staatsfremde Kultur spotten, führt uns durch das ganze, nunmehr georgische Süd-lavien. Viele Namen, die erst im Weltkrieg allmählichen Klang bekommen haben, berühren unser Ohr. Reizvoll ist die Mischung orientalistisch-mohamedanischen mit serbisch-bulgarisch-griechisch-katholischen Kulturmerkmalen. Erkennlich auch die ungeheure Energie und politische Lafrak der Serben, die trotz des Unglücks, das der Weltkrieg über sie gebracht hat, Kraftvoll und unbeirrt ihren Weg weitergehen. Mit seiner Satire macht sich Wendel über das nationalistische Problem lustig, das dort unten, besonders in Macedonien, reichlich verzwirrt ist. Wer mit dem neuen Begriff Süd-lavien noch keine reibenden Vorstellungen verbindet, dem sei Wendels Reisebuch empfohlen, in dem er, unterstützt von vielen Bildern, mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen auf unterhaltende Weise bekanntgemacht wird. L. L.

Magnus Schwantje: Sei der Mensch das Recht Mensch zu essen? Herausgegeben vom Fund für radikale Ethik, Berlin W 15, Volkshygienischer Verlag, Dresden A 10. 72 S. brosch. Preis 5.— M.

Schwantje, der fiktive, läßt Kampfer für das Recht des Tieres zu leben, hat, wie in seinen übrigen Schriften, auch hier die volkswirtschaftlichen und hygienischen Gesichtspunkte nur gestreift, um seine Beweisführung auf die ethische Seite des Problems zu konzentrieren. Mit der ihm eigentümlichen gedanklichen Ueberströmung werden zunächst in sachlichen Unterstellungen die Gründe für und wider die Durchführbarkeit der vegetarischen Lebensweise abgewogen, und dann wird in der gleich arabischen und einfachen Weise eine Menge Material über das Problem gehoben: über Tier- und Pflanzenpsychologie, über das Schicksal der Tiere in der Freiheit im Gehen und im Gefangen sein, über die Grausamkeit des Schlachtens usw. Gleich Schopenhauer und Richard Wagner erblickt Schwantje in dem Mittel die Quelle der Sittlichkeit. Es ist richtig, Not und Elend stehen uns bis zum Halse; Millionen Proletarier leben wie Tiere und sind

Der Zeitungskampf geht weiter

Verhandlungen des Reichsarbeitsministers mit Woffe

Heute vormittag beschäftigte sich eine höchst hart besetzte Belegschaftsversammlung der Firma Woffe mit der Lage im Zeitungskampf. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Boden der in der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am Donnerstag angenommenen Resolutionen, die die sofortige Beilegung der existierenden Differenzen erwirken soll. Von dem Entscheid der Lohnkommission, deren sofortige Einberufung in der Resolution gefordert wird, hängt es ab, ob der Konflikt beigelegt werden kann, oder ob der Kampf verschärft werden annehmen wird. Einmütig bleibt also alles beim alten. Die Belegschaft lehnt es ab, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Es wurde in der Versammlung bekannt gegeben, daß zwischen dem Reichsarbeitsminister Braun und der Firma Woffe inoffizielle Verhandlungen stattfinden.

Heber den Verlauf der Betriebsversammlung erfahren wir noch folgendes:

Nachdem der Betriebsratsvorsitzende Buchs den Bericht über die Generalversammlung der Buchdrucker gegeben hatte, deren Beschluß mit lebhaftem Beifall ausgenommen wurde, behandelte er eingehend die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister. Die Prinzipale erklärten, daß mit materiellen Forderungen bei ihnen überhaupt nichts zu machen sei. Andererseits mußte der Minister das Entgegenkommen der Belegschäftsvertreter anerkennen.

Der Referent erinnerte sodann an den bekannten Vorschlag des Reichsarbeitsministers, der von der Belegschaft fordert, daß sie unter Vorbehalt in den Betrieb gehen soll. Dann will sich der Minister dafür einsetzen, daß die Kommission zwecks Beilegung der aus dem Rastatt-Heremann-Abkommen entstandenen Differenzen eingesetzt wird.

Bei der Erörterung dieses Vorschlags, der von der Versammlung mit lebhaftem Widerspruch ausgenommen wurde, stellte sich der Referent auf den Standpunkt, daß seiner Ansicht nach die Belegschaft nicht in den Betrieb gehen könne, solange bei der Prinzipalität nicht der gute Wille zur Einigung zu erkennen sei. Die Belegschaft könne damit rechnen, daß ihr die Berliner Gesamtschifferschaft zu Hilfe kommt.

Der Vertreter des Bauvorstandes legte der Versammlung folgende Entschliessung zur Beschlußfassung vor: „Um die von der Berliner Schifferschaft geforderten Verhandlungen der beiderseitigen Organisationen nicht zu verhindern, erklärt sich die Belegschaft des Betriebes Woffe bereit, die Arbeit unter Vorbehalt sofort wieder aufzunehmen.“

Sollten diese Verhandlungen keinen befriedigenden Erfolg zeitigen, dann erwartet die Belegschaft, daß die gesamte Berliner graphische Arbeiterkraft den Buchdrucker unternehmen die gebührende Unterstützung gibt.“

Wurde Braun schon beim Verlesen seiner Entschliessung lebhaft unterbrochen, so löste eine Begründung teils stürmischen Widerspruch, teils große Heiterkeit aus.

Bei Redaktionschluss tagte noch die Versammlung. Soweit sich aus der Stimmung der Versammlung schließen läßt, wird bei dem Vorschlag des Arbeitsministers und die Entschliessung Braun abgelehnt.

Sonderbare Sachkenner

Urteile über die Ursachen der Oppauer Katastrophe

Zu einer Zeit, als die Untersuchungen der Ursachen des Oppauer Unglücks gerade begonnen hatten, war die „Zeitschrift für angewandte Chemie“, Organ des Vereins deutscher Chemiker, mit ihrem Urteil bereits fertig. In der Nr. 79 dieser Zeitschrift vom 4. Oktober veröffentlicht der Verein deutscher Chemiker eine mit schwarzem Trauerrand umgebene Rundgebung zu dem Explosionsunglück in Oppau. Eines der in der Fabrik erzeugten Produkte, „von dessen Ungefährlichkeit man auf Grund eingehender gewissenhafter Untersuchungen überzeugt war, ist die Ursache der Explosion gewesen“, heißt es in dieser Kennerung des Vereins deutscher Chemiker.

Im gleichen Heft der Zeitschrift findet sich ein von der Redaktion veranlaßter Artikel, der Näheres über die Beschaffenheit und Explosionsfähigkeit von Kaliammonsalpeter mit-

teilt. Vom Ammonsalpeter habe man gewußt, daß er gefährlich sei. Man ging darum zur Fabrikation von Kaliammonsalpeter über, von dessen Eigenschaften folgendes gesagt wird:

„Ein derartiger Kaliammonsalpeter ist nicht explosiv, wie in zahlreichen weiteren Versuchen festgestellt wurde, und kann also unbedenklich in größten Mengen gelagert werden.“

Ebenso wie der Kaliammonsalpeter verhält sich der später dargestellte Ammonsalpeter, der ebenfalls auf feuchtem Wege durch Einwirkung gleicher Gemischteile Ammonsalpeter und Ammonsalz aufeinander gewonnen wird und dessen Entzündungsfähigkeit und etwaige Explosivität eingehend studiert wurde.“

Bei Kaliammonsalpeter und Ammonsalzsalpeter habe sich nie eine Andeutung von explosiver Zersetzung gezeigt. Beide Produkte galten darum bisher als völlig ungefährlich.

Ein anderes Urteil über Kaliammonsalpeter finden wir in den Jahresberichten der preussischen Regierung und Gewerkeräte für 1920. Die Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ zieht in ihrem 10. Heft, das eben erschienen ist, dieses Urteil von neuem ans Licht. In den erwähnten Jahresberichten heißt es:

„In einer Düngersabrik wurde ein als Kaliammonsalpeter — Kalkdünger bezeichnetes Düngemittel verarbeitet; das fertige Gemenge explodierte, vernichtete die ganze Anlage und tötete 19 Menschen.“

Somit ist das Unglück von Oppau nicht das erste seiner Art. Die Explosion des gleichen Stoffes hat schon einmal 19 Arbeiter das Leben gekostet.

Davon scheinen die sonderbaren Sachkenner — die der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ sowohl, wie viele andere, die sich zu dem Fall geäußert haben —, nichts zu wissen. Wenigstens stellen sie sich so. Die Direktion der Badischen Anilinwerke in Oppau benimmt sich ebenfalls wie ein unerfahrenes Kind. Aber auch eine Unterlassungs-fähigkeit der Gewerbeaufsichtsbehörden liegt vor.

Wenn ihnen die Gefährlichkeit des Stoffes aus Erfahrung bekannt war, so müßten sie selbst längst darauf dringen, daß die Verarbeitung des Stoffes eingestellt wurde. Die Ausschaltung dieses und ähnlicher Produkte kann aber in Zukunft erfolgen, ohne daß unsere einheimische Versorgung mit Stickstoffdüngern auf die Dauer leidet“, heißt es in der oben schon erwähnten Beilegungsbegründung des Vereins deutscher Chemiker zum Unglück in Oppau.

Was bisher veräumt wurde, muß nun sofort durchgeführt werden. Wir haben immer noch nicht gehört, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Arbeit fortgesetzt hat. Wir erwarten bestimmt, daß das sofort geschieht und daß der Untersuchungsausschuß sehr schnell zu dem Ergebnis kommt, daß die Herstellung dieser Stoffe und das Umgehen mit ihnen zu verbieten und alles vorhandene Material dieser Art aus dem wirtschaftlichen Verkehr zu ziehen und zu vernichten ist.

Die sonderbaren Sachkenner aber, die sich dumm stellen und ihre sicher vorhandene Kenntnis von früheren Unglücksfällen gleicher Art verbergen, haben sich wieder erwiesen als getreue Diener eines gewinnlüsternen Kapitals.

Neue Beihilfen für Rentenempfänger

Von der Presseabteilung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns gefolgt: Auf eine Eingabe der Eisenbahnerverbände um Erhöhung der Bezüge aus der Invaliden- und Altersversicherung hat der Reichsarbeitsminister jetzt folgenden Bescheid erteilt: „Der Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung notleidender Rentenempfänger aus der Invalidenversicherung ist fertiggestellt und wird voraussichtlich dem Reichstag im nächsten demnächstigen Wiederzusammentritt vorgelegt werden. Ein weiterer Gesetzentwurf, der die Kreuzerhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung zum Gegenstand hat, ist in Vorbereitung.“

Wenn in dieser Entwurf auch nicht gesagt ist, welche Leistungen die neuen Gesetze bringen werden, so geht doch zu viel aus ihr hervor, daß mit Beschleunigung etwas getan werden soll, wozu es angeht der großen Notlage der Rentenempfänger allerdings auch die höchste Zeit ist. Hoffentlich mag auch der Reichstag mit den Entwürfen gute und schnelle Arbeit.

Ein neuer Ausbeutungsschwindel

Kasino, Röhre und Genossen sind noch nicht verschwunden und schon haben findige Unternehmer einen neuen Trick erfunden, um unerfahrenen Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen.

In Kasinos, leeren Läden usw. sieht man neuerdings immer häufiger Gruppen, meist den arbeitenden Schichten Angehörige, eifrig um ein Spiel gekämpft, das den Namen „Kannspiel Handicap“ trägt. Es besteht aus einem runden Kasten, in dessen Deckel 7 Nischen eingelassen sind, in denen an Schienen 7 kleine „Ferdchen“ laufen. Jeder der Mitspielenden kann nun das „Ferd“, auf das er setzt, selbst durch einmaliges kurzes Ziehen an einem Knopf von seinem Platz aus in Bewegung setzen und muß versuchen, sein „Ferd“ der als Ziel bezeichneten Stelle am nächsten zu bringen. Der Einsatz beträgt für jeden Mitspieler 1 Mark. Der Besitzer des Apparates nimmt für jedes Spiel, das etwa 10—15 Sekunden dauert, für sich 2 Mark aus der Kasse, so daß für die Mitspielenden im günstigsten Falle 5 Mark zur Verteilung kommen. Sind weniger als 7 Mitspieler vorhanden, so verringern sich diese 5 Mark entsprechend, dagegen bleiben für den Besitzer stets 2 Mark reserviert. Dieser verdient also in einer Stunde mehrere Hundert Mark. Er ist natürlich der alleinige Gewinner.

Besonders gefährlich ist der verhältnismäßig kleine Einsatz, der direkt auf die ärmere Bevölkerung zugeschnitten ist. Befremdend aber muß es wirken, daß ein derartiger Schwindel mit Genehmigung und unter Aufsicht der Polizeibehörde als Gesellschaftsspiel veranstaltet werden darf.

Das beste Abschweiffmittel wäre nun, daß sich niemand an einem derartigen Betrug beteiligen würde. Leider lehrt die Praxis das Gegenteil. Ohne nüchterne Überlegung, in blinder Leidenschaft wird jede Gelegenheit zu scheinbar leichtem Gewinn wahrgenommen und oft wandert der letzte lauernde Mark in die Tasche des „geschäftstüchtigen“ Ausbeuters. Es muß daher an die Aufsichtsbehörde das dringende Ersuchen gerichtet werden, einen derartigen Betrug zu verhindern.

Ein Anflug der Schupo

Vor einiger Zeit wurde nach vielfachen Protesten gegen den Anflug der Schupo vielfach veranlaßten Straßensperren mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf das dürftige Ergebnis und die dabei verursachte Verletzung des Publikums solche Sperren nicht mehr abgehalten werden sollten. In letzter Zeit wird aber erneut darüber geklagt. So wird uns über eine vor einigen Tagen in der Nähe des Schloßplatzes veranlaßte Sperre mitgeteilt, daß von den ca. 500 Personen, die hinfert wurden, ganze Reihen bedauerlich verletzter sowie 60 Strahnenmädchen, die sich der Kontrolle entzogen, in Haft gebracht und dem Amts-anwalt zugeführt worden sind.

Über unter 500 Personen sind schwere Jungen dingfest gemacht worden. Wie hat man nun die übrigen Personen festgenommen? Hatte man unter dem wahlmännischen Regime nicht viel für die blaue Polizei übrig, so wird dieselbe durch die „republikanische“ grüne Polizei an Scheid weit überzogen.

Zwei Männer, die sich beschweren hier aufhalten, kommen nach 12 Uhr von der Stadt per Stadtbahn nach dem Schloßplatz, wollen durch die Kreuzstraße in die Mühlenstraße einbiegen, werden plötzlich am Kragen gepackt und auf dem Sakranta verhaftet. Auf dem Präsidium wird der eine nach 2 Uhr wieder entlassen, der andere muß die Nacht dort bleiben. Von einem „Grünen“ wird dieser energisch aufgefordert, sich auf die Polizei zu legen, morgens 6 Uhr unter die kalte Dusche zur „Belebung“, wie der Beamte meint, gestellt und kann später entlassen.

Ein anderer Fall hat sich folgendermaßen zugefallen: Der Sohn einer Gastwirtin bringt abends einige Gäste nach ein Stück von keinem Hund begleitet, kommt auf dem Rückweg in die Altpferde, wird gleichfalls mit dem Hund verhaftet und muß die Nacht auf dem Polizeipräsidium verbringen (seine Papiere waren nicht anwesend).

Es 1 Uhr ist Polizeistunde, wer also auch mal fortgeht und im Osten wohnt, muß gewarig sein, hat zu Hause die Nacht auf dem Polizeipräsidium zu verbringen. Was muß man bloß für Papiere haben, um dieser wenig angenehmen Prozedur aus dem Wege zu gehen?

Weder den Scheid, mit dem vorgegangen wird, ist garnicht zu reden, besonders die Offiziere, wohl ehemals aktive Herren und die jüngeren Mannschaften „grünen“ rücksichtslos zu.

Eine Disziplinardisziplin auf offener Straße. Einen Heberfall auf ein junges Mädchen, das eben in Begleitung einer Freundin auf dem Heimweg vom Parkweg begriffen war, wurde gegen sechs Uhr abends in der Koontra verhaftet. Der Wärter brachte seinem Opfer mehrere polizeiliche bei und legte dann Hand an sich selbst. In schwerverletztem Zustand wurden beide in die Charité überführt. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

4. Verwaltungsverkehr (Preussener Berg). Ausgehend, Sonnabend, den 22. Oktober, abends 7 Uhr, in der Schulstraße 49. Künftler, die sich unterer Sache zur Verfügung gestellt haben, und der im Verwaltungsverkehr bekannte und leitende Richter werden mit ihren Darstellungen den Abend vornehmen helfen. Da mit dieser Veranstaltung gleichzeitig auch eine Schulentlassungsfeier verbunden ist, machen wir die schulentlassene Jugend besonders darauf aufmerksam. Eintrittskarten für Erwachsene 2 M. (Kinder und Jugendliche) sind bei den Parteifunktionären oder bei H. Hoffmann, Vorkauer Straße 8, erhältlich. Es wird gebeten, Kinder unter sechs Jahren nicht mitzubringen.

Voraussetzliches Weiter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Ein wenig früher, überwiegend dampft und etwas neblig mit leichten Regenschauern und ziemlich kalten w-p-lischen Winden.

Fruchtbare Arbeit

2. Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes

Am 16. und 17. Oktober tagte in Berlin eine von 177 Vertretern besetzte Reichskonferenz der im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Betriebs- und Beamtenräte. Die auf Beschluß der letzten Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes eingeleitete Reichsverwaltung ernannte einen eingehenden Tätigkeitsbericht. Der Verband stellt allein 29 000 Betriebsräte für den Eisenbahnbetrieb. Im Hauptbetriebsrat am Sitz des Reichsverkehrsministeriums hat er 19 und in den Betriebsbetriebsräten am Sitz der Eisenbahndirektionen 331 Vertreter. Den Haupttätigkeitsausgangsbildet er mit 12 Mitgliedschaften und die Betriebsbetriebsräte mit 25. Beamtenratsmitglieder stellt der Verband 3 zum Hauptbetriebsrat, 70 zu den Betriebsbetriebsräten und 4000 als stellige Beamtenräte.

Die angeführten Zahlen legen Zeugnis ab von der Bedeutung des Deutschen Eisenbahnerverbandes innerhalb der zur Mitwirkung des Personals im Reichseisenbahnbetrieb genannten Körperschaften. Die Reichsverwaltung konnte aber auch über die Ausbildung der Betriebs- und Beamtenräte und über ihre für das Personal ausgeübte Tätigkeit sehr viel Erreichtes berichten. Unter dem Bericht wurden 12 Beschlüsse erlassen über die nächsten Aufgaben der Betriebs- und Beamtenräte und ihre Stellung zu den Gewerkschaften, über das Schlichtungswesen, die Sozialer Maßnahmen und den Reichslohnstarifvertrag. Zu letzterem Punkt ist hervorzuheben, daß kürzlich in Goslar eine vom Reichslohnstarifvertrag einberufene Konferenz der Vertreter der Eisenbahndirektionen stattfand, die dem zwischen Reichsverkehrsministerium und Eisenbahnergewerkschaften abgeschlossenen Vertrag

nen in ihrem Glend nicht immer nach Ethik fragen. Aber zwischen Millionen von Proletariern wird gong selbstverständlich in persönlichen Verkehr, und oft weit über den persönlichen Verkehr hinaus, aus reinem Mitleid mit den leidenden Genossen gegenseitige Hilfe ausgeteilt. Sie ist das Prinzip der brüderlichen Solidarität, aus dem Kraft zum Kampf, Glaube an den Sieg, sozialer Fortschritt, kurz das ganze bühnen innere Licht kommt, das es überhaupt in vielen Proletariaten gibt. Je feiner das ethische Verantwortlichkeitsgefühl, desto zwingender die Notwendigkeit zur Tat. Es lohnt sich auch für Proletariater, darüber nachzudenken. Lette Beemüller

Edolf Koellisch: Kreatur, Erlebnisse und Gesichte. Rütten u. Loening, Frankfurt a. M. 1921. Geb. 6 M., geb. 12,50 M.

Das Büchlein bewegt sich auf dem neuerdings sehr bestellten gefährlichen Grenzgebiet zwischen naturwissenschaftlicher Wahrheit und Dichtung. Und hier ist die Grenze nur selten deutlich erkennbar. Unter sehr feinen Beobachtungen mischen sich sogenannte naturphilosophische Betrachtungen, die oft hart an Klatschbetonen streifen. Es ist billig, einem Regenwurm buddhistische Nirwanaschulung unterzuschieben oder einem nicht ganz und gedrehten Acker die Sehnsucht nach vollkommener Augenheilkunde mit all dem schafft man noch keinen allbelebenden Pantheismus, der zwar heute als Reaktion auf den rein mechanischen Materialismus verstanden ist, aus aber so um nichts heller dünkt als diese Ueberwindung eines beschämten Dogmas muß doch nicht gleich zum Mystizismus führen; dann kann lieber gleich zum Märchen etwa nach Karl Ewalds Art. Der Wert einiger Kadnettsstücke aus der Sammlung von Koellisch (Starcstied, Brautgeschenk, Im Grabe) wird durch diese in populären Schriften doppelt ernst zu nehmenden und doppelt zu verzweifelnden „Gesichte“ nach unserem Gefühl stark beeinträchtigt. Karl Kautsky jun.

Zeitschriftenchau

Die letzten Nummern (September und Oktober) des Wiener „Kampf“, der wissenschaftlichen Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie, enthalten neben einem interessanten Aufsatz von K. Kautsky über Rosa Luxemburg, Liebknecht und Jogiches (der im Freiheit-Vortrag als Broschüre erschienen ist) und einem Artikel von Friedrich Adler über Rosa, zwei Artikel von D. Kemerel und Emma Freundlich über die Agrarfrage, die sich zum Teil für, zum Teil gegen die Leitsätze Otto Bauers zur Agrarpolitik wenden, die im Juli in der „Freiheit“ veröffentlicht wurden.

„Das Blaue Heft“ bringt in seiner ersten Nummer die Schlussszene von Gerhart Hauptmanns dreifaktiger Tragikomödie „Peter Brauer“.

Die Hamburger Kammerspiele geben eine eigene Zeitschrift „Der Freischütz“ heraus, die von Hans Garbes und Artur Sachheim redigiert wird. Sie bringt nicht nur gute Beiträge über Literatur, Theater und Philosophie, sondern schaut auch der Zeit ins Gesicht. Und erfreulicherweise von links!

„Der lauterhafte Herr Tschu“ (Peking-Theater). Revüvieren wir den Titel des Stückes von Julius Gerst. „Der lauterhafte Herr Tschu“, das ist nicht der richtige Titel. Lauterhaft war Herr Tschu allenfalls — vor dem Stück. Was wir von ihm sehen, ist eher ebel als lauterhaft. Herr Tschu ist ein ganz lamptatlicher, unbedeutender Herr, der zur Strafe für seine Sünden auf Geheiß der Hölle als Abstreifer — vor dem Tode war er Richter — ins Leben wiedergebirt und nun, in unserer Stück, leidet und elendiglich scheitert. Wo nicht „Der lauterhafte Herr Tschu“, sondern der bestrafte Herr Tschu wird uns vorgeführt.

Ehen wir uns den Unterirden an. „Ein Spiel mit Körper und Seelen“ ist es leider auch nicht. Es sind weder bloße, vom Gehirne getriebene Körper, die wir sehen, noch nackte, in die Hölle geworfene Seelen. Was uns gezeigt wird, ist ein zusammengeklappertes Halbmadchen, das in etwa zwei Wibern einigem Körper und dann nicht Wert hat.

„Nach chinesischen Motiven“ heißt es weiter. Chinesische Motive sind es allerdings. Wären sie nur noch chinesischer. Von den sechs Wibern sind zwei, wie erwähnt, wunderlich und machen aufhorchen. Das sind die Wibern „Traugründe Wime“ und „Tönendes Geschehen“. Und die besten Schauspieler dieser Wibern, der eigentliche Genus des Abends, sind Ulija Beth Bergner als Tschu Geliqie und Ping-ping, Hubert u. Wendt als Kaiserlicher Richter und Conrad Heide als ein alter Wanderer.

Am vollkommensten in seinem jarten Element war Meppink. Seine Bewegungen, seine Sätze, sein ganzes weiblich-chinesisches Gebahren und sein ästhetisches Treiben und Wenden, das war alles wie aus einem bunten prächtigen chinesischen Reichblatt geschritten. Und in vielen Momenten glück ihm im Spiel die kleine Ping-ping, die in Garderobe und Kasse eine einzige Antiquitäten-Weltlichkeit darbot. In allen diesen Silbermadchen des heiligen chinesischen Reiches, die sich mit allerlehter Kultur benehmen und dementsprechend empfinden — welche Früchte der Ausbeutungsmöglichkeit für einen echten Dichter! Hier aber wurde das Außerordentliche nur hier und da gestreift, dann aber floß es davon, und in den beiden letzten Wibern blieb nur noch Korrosion und lehrer, lautmalerischer Bericht. Der Oberrichter des Herrn Vassentin wurde zur Operettenfigur, die läßt Ping-ping verlor am Schluß gänzlich ihre tischerborene Tragik und löste sich „humoristisch“ mit. — Und so verlor sich der Rauber ganz und gar, und es tat einem weh um vergaubele Regie- und Dekorationskunst.

Cesar Klein entwarf unergleichlich schöne Kompositionen, die eine Mischung von China und Expressionismus darstellten. Diese Zimmerchen mit den von räumlich beleuchteten kleinen Landschaften und der vollendeten Sitz- und Trinkkultur, die chinesische Gasse, die prächtigen, geschmackvollen Gewänder und in allem die reizendste Abwechslung, das war ein großer Erfolg.

Arno Kadel. Dieses Mittelstücken. 70000 Mark an Berlin hat der Herr Kadel 1921. Kadel, 188, aus, um im Wert des Mittelstücken Mittelstücken für verschiedene Firmen zu schließen. Die Bedingungen sind durch den Herrn Kadel.

